

# „se machen e was se wollen“

## Verlängerung der Wahlperiode des Bundestages scheint beschlossene Sache, ohne jede Debatte und Einflussnahme der WählerInnen im Bundestagswahlkampf.

Die sechs Parteien, die in den Bundestag wohl einziehen werden, leisten dieser Meinung vieler massiv Vorschub. Viele glauben, dass alle Politik ein abgekartetes Spiel sei, und der Wahlkampf ein Theater für das Publikum, während hinter den Kulissen ein ganz anderes Spiel gespielt werde.

Kurz vor der Wahl gab es nur an wenigen Tagen die Nachricht, alle Parteien seien sich einig, im nächsten Bundestag zu beschließen, die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre zu verlängern<sup>1</sup>.

In Bremen wird über die Frage der Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft gleichzeitig mit der Bundestagswahl wenigstens noch eine Volksabstimmung abgehalten – aber im gegenwärtigen Wahlkampf äußert sich dazu auch kaum eine Partei<sup>2</sup>.

Für den Bundestag fordern zwar die Linken und die Bündnisgrünen für ihre Zustimmung zu einer Verlängerung der Wahlperiode noch, sie wollten dafür plebiszitäre Elemente mit in die Verfassung aufgenommen sehen. Aber sie machen gegen die Verringerung der demokratischen Einflussnahme durch das Volk um 25% keine wirkliche Opposition.

Der Bündnisgrüne Matthias Güldner argumentiert für Bremen rein bürokratisch und behauptet, kürzere Wahlperioden würden den Einfluss der Wähler nicht erhöhen, aber die Bürokratie und die Politik in ihrem (sinnvollen) Lauf behindern.

In den USA währt die Legislaturperiode des Repräsentantenhauses – das als Volksvertretung mit dem Bundestag am ehesten vergleichbar ist, nur zwei Jahre. Und bei der anderen Kammer – dem Senat, mit sehr viel mehr Macht als der Bundesrat in Deutschland – werden auch alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren, dann aber jeweils für sechs Jahre, neu gewählt. Da jeder US Bundesstaat durch zwei Senatoren im Senat vertreten wird, aber bei den zweijährigen Wahlen parallel zur Wahl des Repräsentantenhauses, nur jeweils einer zur Wahl steht, können die Wählerinnen und Wähler alle zwei bzw. alle vier Jahre über einen ihrer Senatoren bestimmen. Und auch der Präsident der USA wird alle vier Jahre neu gewählt. Dieser permanente Wahlkampf hat die amerikanische Demokratie ja auch nicht handlungsunfähig gemacht, sondern bindet die Administration eng an den Volkswillen.

Wenn die Wählerschaft tief gespalten ist, dann kommt das meistens auch in den politischen Entscheidungsorganen zum Ausdruck.

Jedenfalls haben die Parteien in Deutschland sich vor der Bundestagswahl verabredet, im kommenden Bundestag das Grundgesetz zu ändern und die Wahlperiode ab 2021 auf fünf Jahre zu verlängern. Das wurde zwei Tage lang in den Medien verkündet. Darüber wird nicht debattiert. Das nehmen alle hin. Das ist offensichtlich ein Parteienkartell. Die Wähler können daran praktisch nichts ändern, wenn sie nicht ihre Stimme an irgendwelche Splitterparteien verschenken wollen.

Logisch wäre es daher, die Stimmen an „Die Partei“ des Satirikers Martin Sonneborn zu vergeben.

---

<sup>1</sup> Hamburger Abendblatt am 14.9.2017: „Schon ab 2021 möglich

Alle Bundestagsparteien sind für fünfjährige Wahlperiode

Berlin. Fünf Jahre statt nur vier: Der neue Bundestag könnte eine Verlängerung der Legislaturperiode beschließen, gültig vom Jahr 2021 an. Vertreter aller derzeit im Parlament vertretenen Parteien unterstützen einen neuen entsprechenden Vorstoß.

Linke und Grüne verknüpften dies aber auch mit der Forderung nach Einführung direkter Demokratie-Instrumente wie Volksentscheide. Zustimmung kam auch von FDP und AfD, die nach der Wahl in den Bundestag einziehen könnten.“ Singlegleich in fast allen Medien – aber eben nur für zwei Tage. Dann praktisch kein Wort mehr darüber. Das Thema ist damit abgehakt.

<sup>2</sup> Das Bündnisgrüne Mitglied der Bremischen Bürgerschaft Matthias Güldner schreibt am 20.9.2017 im Weser Kurier einen Gastkommentar, in dem er die Verlängerung befürwortet und behauptet, in Bremen gäbe es doch schon mit durch die Grünen herbeigeführte Möglichkeiten des Wahlvolkes, wirksam zwischen den Wahlen auf die Willensbildung Einfluss zu nehmen.